



Wahlprüfsteine des NABU Baden-Württemberg: Antworten der Parteien

Stand: 28.08.2017

Die Wahlprüfsteine wurden am 26.07.2017 an die Parteizentralen der derzeit im Landtag von Baden-Württemberg sowie im Bundestag vertretenen Parteien verschickt. Die ursprüngliche Rückmeldefrist (20.08.2017) wurde um eine Woche verlängert. Die Antworten der Bundesparteizentralen (Ausnahme CDU: Antworten der CDU Baden-Württemberg) sind entsprechend der Reihenfolge auf dem offiziellen Stimmzettel aufgeführt. Die AfD hat die Anfrage des NABU Baden-Württemberg nicht beantwortet. Der NABU ist überparteilich und gibt keine Wahlempfehlung ab.

Frage des NABU Baden-Württemberg	Partei	Antwort (ja/nein/weiß nicht)	Anmerkungen der Partei (optional)
1. Glyphosat Über die Neuzulassung von Glyphosat wird Ende 2017 entschieden. Das Totalherbizid ist gesundheitsschädlich und mitverantwortlich für den Artenrückgang in unserer Landschaft. Werden Sie sich als Partei unabhängig von den Entscheidungen in Brüssel dafür einsetzen, dass der Einsatz glyphosathaltiger Spritzmittel in Deutschland massiv reduziert oder gänzlich verboten wird?	CDU	Nein	Glyphosat ist wasserlöslich und somit bereits an der Pflanze besonders schnell abgebaut, daher nur in geringsten Mengen in Lebensmitteln enthalten. Zahlreiche Bewertungsbehörden weltweit sind zu dem Schluss gekommen, dass Glyphosat unter realistischen Anwendungsbedingungen nicht gesundheitsschädlich ist. Glyphosat erzielt als Pflanzenschutzmittel gute Ergebnisse beim Boden- und Erosionsschutz und für viele bodenschonende Anbaumethoden essentiell.
	SPD	Ja	Glyphosat halten wir bei dem aktuellen Verhandlungsstand für nicht zulassungsfähig.
	GRÜNE	Ja	Wir kämpfen seit Jahren für ein Verbot von Glyphosat – und werden das auch weiter tun. Glyphosat vergiftet Böden, Wasser, Luft, unser Essen und gefährdet Mensch und Natur. Wir unterstützen die Europäische Bürgerinitiative gegen

			Glyphosat (https://stopglyphosate.org/de/) und stellen uns der geplanten Wiedergenehmigung für 10 Jahre entgegen.
	FDP	Nein	Der Land- und Forstwirtschaft dürfen wichtige Wirkstoffe nicht aus ideologischen Gründen entzogen werden. Der Einsatz und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln darf nicht politisch entschieden werden. Gerade zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Natur ist eine fachliche Beurteilung auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse notwendig.
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie entschieden vorantreiben. Dazu gehören die Erhaltung bzw. Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die Reduzierung des Schadstoffeintrags durch Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und die Sicherung von Auenflächen. Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoiden sowie von Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungs- und Pflegeprodukten wollen wir sofort verbieten. Der »Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz« (NAP) soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden.
2. Insektensterben Es gibt immer weniger Insekten. Eine Forschungsgruppe in Nordrhein-Westfalen hat in einer Langzeitstudie Rückgänge um bis zu 80 Prozent dokumentiert. Auch blütenbestäubende Insekten sind betroffen. Neonicotinoide, die weltweit zu den am meisten eingesetzten Insektiziden gehören, sind nachweislich gefährlich für Bienen und andere Bestäuber und	CDU	Ja	Für uns gilt der Grundsatz: so wenig chemischer Pflanzenschutz wie möglich und so viel wie nötig. Das bedeutet, Pflanzenschutzmittel sollten so sparsam wie möglich sowie nach der guten fachlichen Praxis angewendet werden. Gesundheits- und Umweltschutz einschließlich des Schutzes der Bienen müssen gewährleistet sein. Wir werden den Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (NAP) weiter umsetzen und den integrierten Pflanzenschutz, die Entwicklung nichtchemischer Bekämpfungsmöglichkeiten und den biologischen Pflanzenschutz vorantreiben.
	SPD	Ja	Den Einsatz von Neonicotinoiden im Freiland lehnen wir ab.



<p>damit maßgeblich verantwortlich für deren Rückgang.</p> <p>Werden Sie sich für ein Verbot der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide einsetzen?</p>	GRÜNE	Ja	Die Landwirtschaft der Zukunft arbeitet mit ihren natürlichen Grundlagen – nicht gegen sie. Sie gefährdet nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern fördert sie durch gesunde Lebensmittel. Wollen wir die Landwirtschaft zukunftsfähig machen, müssen wir die momentane Abhängigkeit der Betriebsabläufe von Pestiziden auflösen. Wir brauchen dringend eine Landwirtschaft, die ohne den Großeinsatz von Pestiziden auskommt. Wir wollen eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes, und ein generelles Ende des Einsatzes von gefährlichen Stoffen wie Neonicotinoiden, Glyphosat und Glufosinat.
	FDP	Nein	Die Studie stellte keinen Zusammenhang zwischen Neonicotinoiden und Insektensterben her, sondern alarmierte die Öffentlichkeit über das Insektensterben an einem bestimmten Ort. Der Land- und Forstwirtschaft dürfen wichtige Wirkstoffe nicht aus ideologischen Gründen entzogen werden. Ein Verbot ist nicht zweckmäßig. Untersuchungen des Länderinstituts für Bienenkunde an der Humboldt Universität in Hohen Neuendorf beweisen, dass das Bienensterben in Deutschland ein multifaktorielles Geschehen ist. Zwar widerlegt die Studie nicht generell negative Effekte auf Bienenvölker, stellt aber klar, dass in diese in Deutschland gering ausfallen (im Gegensatz zu Bienenvölker in England und Ungarn) und keinerlei Effekte auf die Entwicklung der Bienenvölker hatte.
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat und Neonicotinoiden wollen wir sofort verbieten.



<p>3. Agrarförderung Die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gilt noch bis Ende 2020. Doch schon jetzt werden die Weichen für die künftige Agrarförderung (ab 2021) gestellt. Die derzeitige Agrarpolitik führt zu hohen Umweltbelastungen (vgl. NABU-Studie unter www.NABU.de/news/2016/11/21460.html).</p> <p>Werden Sie sich für eine ökologische Agrarreform einsetzen, in der Prämien an konkrete Nachhaltigkeitskriterien geknüpft sind?</p>	CDU	Weiß nicht	Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Wir stehen für Kontinuität in der Gemeinsamen Agrarpolitik und für die Beibehaltung des 2-Säulen-Modells. Wir treten auch nach 2020 für die Fortführung der Direktzahlungen ein. CDU und CSU sind den Bauern ein verlässlicher Partner. Wir werden agrarstrukturelle Ziele beachten und insbesondere aktive Landwirte, Junglandwirte und kleinere und mittlere Betriebe fördern.
	SPD	Ja	Wir wollen bis Ende 2026 schrittweise aus dem bisherigen System der Direktzahlungen aussteigen. Die neue Agrarförderung soll sich an der Stärkung der ländlichen Räume, der Sicherung der Bewirtschaftung in benachteiligten Gebieten, der Nachhaltigkeit der Produktionsmethoden, der Förderung von Innovationen in der Ernährungs- und Landwirtschaft und der Absicherung der beruflichen Perspektive für die in diesen Sektoren arbeitenden Menschen orientieren.
	GRÜNE	Ja	Die aktuelle gemeinsame Agrarpolitik der EU befördert ein industrielles Agrarsystem, in dem über die sogenannten Direktzahlungen der ersten Säule vor allem der Besitz von Fläche belohnt wird. Daran konnte auch das Greening nichts ändern. Bei der GAP nach 2020 ist für uns die Hauptsache, dass künftig öffentliches Geld nur noch bei öffentlicher Leistung verteilt wird, also zum Beispiel bei Natur-, Tier- und Umweltschutz.
	FDP	Nein	Wir halten die derzeitige Regelung durch die beiden Säulen der Agrarförderung für ausreichend. Greeningmaßnahmen werden bezuschusst.
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	Bodenschutz ist Klimaschutz, er ist wichtig für den Wasserkreislauf als Kohlenstoffspeicher und zur Ernährungssicherung. Diese Funktionen reichen



			<p>über Landesgrenzen hinaus. Deswegen setzen wir uns für eine rechtliche Verankerung des Bodenschutzes auf EU-Ebene ein.</p> <p>DIE LINKE steht weiter zu dem Grundprinzip, öffentliches Geld für öffentliche Leistung, auch in der Agrarpolitik. Das heißt, die Gelder müssen zielgenauer an soziale und ökologische Effekte gebunden werden. Profitieren sollen regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe, landwirtschaftsfremde Investoren wollen wir ausschließen. Zu den sozialen Leistungen zählen wir auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Um ihre flächendeckende Wirksamkeit und faire Verteilung der Beiträge zu sichern, wollen wir besonders wichtige ökologische Ziele in der ersten Säule anbinden. Umschichtungen in die zweite Säule dürfen den Strukturwandel nicht beschleunigen und sollen streng an einen realen sozialen und ökologischen Mehrwert gebunden werden. Die Prioritäten innerhalb der 2. Säule sollen zugunsten von Agrarumweltmaßnahmen verschoben werden. Investitionszuschüsse sind an die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie mehr Tierwohl zu binden. DIE LINKE will die flächengebundene, landwirtschaftliche Tierhaltung, insbesondere grünlandbewirtschaftende Tierhaltung fördern. Dazu soll vom Prinzip der Entkoppelung ausnahmsweise mit einer Weidetierprämie abgewichen werden. Der Tierbesatz ist auf ökologische Standortverträglichkeit zu prüfen und auf 2 GV/ha zu begrenzen.</p>
<p>4. Ökolandbau Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln wächst, doch die Anbaufläche hierzulande wächst nicht schnell genug mit. Verbrauch und Anbau sind noch weit von dem auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie</p>	<p>CDU</p>	<p>Ja</p>	<p>Die CDU ist seit jeher die Partei der Land- und Forstwirtschaft. Landwirtschaft muss in Deutschland eine Zukunft haben. Unser Leitbild ist eine vielfältige, nachhaltige, wettbewerbsfähige, bodengebundene und flächendeckende Landwirtschaft in bäuerlicher Hand.</p> <p>Die konventionelle und die ökologische Landwirtschaft stehen für uns nicht im Gegensatz und werden beide zielgerichtet gefördert.</p>



<p>festgeschriebenen Ziel von 20 Prozent Ökolandbau entfernt. Um das Ziel zu erreichen, braucht es eine stärkere Förderung des Bio-Anbaus.</p> <p>Werden Sie sich für eine stärkere Förderung des Ökolandbaus und der Ökolebensmittelwirtschaft einsetzen?</p>	SPD	Ja	Wir wollen das Wachsen des ökologischen Landbaus entsprechend seiner Möglichkeiten im Markt weiter fördern.
	GRÜNE	Ja	Um den Ökolandbau endlich wieder im erforderlichen Maße voranzubringen, wollen wir die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ausreichend fördern. Für die nächsten sieben Jahre soll dafür ein Budget von 1 Mrd. Euro planungssicher festgelegt und die erforderlichen Mittel im Haushalt entsprechend umgeschichtet werden. Unter anderem wollen wir 20 Prozent der Agrarforschungsgelder für den Ökolandbau einsetzen und damit Öko-Züchtung und einen Ackerbau ohne Gift stärken.
	FDP	Ja	Beim Greening sollten produktionsintegrierte Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Artenvielfalt im Vordergrund stehen. Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für sowohl die konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen verbessern. Wir wollen die unternehmerische Landwirtschaft stärken, Regulierung und Bürokratie abbauen und die Direktzahlungen schrittweise reduzieren. Um ökologische Leistungen der Landwirtschaft zu honorieren; soll die zweite Säule genutzt werden
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	DIE LINKE setzt sich für einen starken Ökolandbau ein. Diese Form der Landbewirtschaftung zielt nicht nur auf Ertragssteigerungen, sondern auch auf einen Stoff- und Energiekreislauf im Produktionsprozess- zum Schutz von Boden und Gewässern und zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Da die meisten ökologisch wirtschaftenden Agrarbetriebe sehr arbeitsintensiv

			<p>sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung im ländlichen Raum. DIE LINKE will den Ökolandbau auf 20 % der landwirtschaftlichen Fläche ausbauen.</p> <p>Mehr Forschung für den Ökolandbau wird gebraucht (Saatgut, Zuchtlinien, Pflanzenschutz, etc.). Beratung und Wissenstransfer müssen gestärkt, bessere regionale Zugänge zu Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gesichert werden. DIE LINKE fordert eine Aufstockung des Bundesprogrammes Ökologischer Landbau. Auch in einer neuen EU-Öko-Verordnung muss das Grundprinzip der Prozessqualität erhalten bleiben. Die Umstellungs- und Beibehaltungsprämie für den Ökolandbau sollte auch im Rahmen der GAP-Reform 2020 fortgeführt bleiben.</p>
<p>5. Gentechnik Der überwiegende Teil der Bevölkerung lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab, da mit der Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen unkalkulierbare ökologische und soziale Risiken einhergehen.</p> <p>Werden Sie sich für den Verzicht auf Gentechnik in der Landwirtschaft einsetzen – und zwar sowohl im Pflanzenbau als auch bei Futtermitteln?</p>	CDU	Ja	<p>Die CDU Baden-Württemberg hat im Koalitionsvertrag festgehalten, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen untersagt werden soll, weil in der kleinräumigen Agrarstruktur Baden-Württembergs eine Koexistenz mit dem konventionellen und ökologischen Landbau sowie mit Imkern nicht gewährleistet ist.</p>
	SPD	Ja	<p>Wir setzen uns für gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel ein. Wir werden sicherstellen, dass auch bei den sogenannten neuen Gentechnikverfahren das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleistet sind und damit erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.</p> <p>Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab. An der Saatgutreinheit und der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden.</p>



	GRÜNE	Ja	Wir wollen den Durchmarsch der Agro-Gentechnik sowohl bei Lebens- wie bei Futtermitteln stoppen. Auch neue Gentechnik-Methoden wie CRISPR (Genome Editing) müssen im Rahmen der EU-Gentechnik-Gesetzgebung reguliert werden. Das darf nicht durch Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP aufgeweicht werden, genauso wenig wie die Nulltoleranz bei Lebensmitteln und Saatgut gegenüber gentechnisch veränderten Organismen, die in der EU nicht zugelassen sind. Eine Forschungsförderung für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen und -tiere soll es aus unserer Sicht nicht geben, unabhängig vom gewählten Verfahren.
	FDP	Nein	Wir Freie Demokraten wollen generell mit neuen Forschungsrichtungen offen und transparent umgehen, so auch zum Beispiel beim „Genome Editing“ in der Grünen Biotechnologie. Bei der Gentechnik gilt es, dass Verbraucherschutz und biologischer Anbau mit einer umweltgerechten Erprobung und Entwicklung in gleichberechtigter Weise einhergehen.
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	DIE LINKE lehnt Agro-Gentechnik als Risikotechnologie ab. Die Koexistenz zwischen Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik ist ein Märchen, weil die Vermeidung von Verunreinigungen auf dem Feld, in Verarbeitung und Vermarktung teuer oder gar unmöglich ist. Solange kein EU-weites Verbot von GV-Pflanzen erreicht ist, setzen wir uns für bundeseinheitliche Anbauverbote für in der EU zugelassene GV-Pflanzen ein. Die Nulltoleranz bei Saatgut und Lebensmitteln darf nicht aufgeweicht und ein Importverbot von GV-Soja muss erlassen werden. Die Bayer-Monsanto-Fusion lehnen wir ab.

<p>6. Stickstoffüberschuss Durch Massentierhaltung und Überdüngung der Landschaft mit Gülle leiden viele Regionen Deutschlands an einem Stickstoffüberschuss. Die Folgen: Belastungen des Trinkwassers mit Nitrat, Verlust von Arten und Lebensräumen sowie Gülletransporte durch Deutschland und über Staatengrenzen hinweg.</p> <p>Werden Sie sich für eine Reduktion der Stickstoffüberschüsse durch die Einführung von Hoftorbilanzen und eine Koppelung der Tierhaltung an die vorhandene Flächengröße des landwirtschaftlichen Betriebs einsetzen?</p>	CDU	Weiß nicht	Hier werden zwei Fragen in einer gestellt. Für die CDU ist der Tierschutz ein wichtiges Anliegen, denn Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Es kommt darauf an, wie es dem einzelnen Tier geht, nicht, wie viele Tiere gehalten werden. Uns ist wichtig, dass die Tierhaltung in der Hand bäuerlicher Familienbetriebe bleibt, eine anonyme, industrialisierte Agrarproduktion lehnen wir ab. Durch eine Nutztierhaltungsstrategie werden wir das Tierwohl noch stärker berücksichtigen.
	SPD	Ja	Die neue Düngeverordnung wird dazu führen, dass in vielen Bereichen die Nitratbelastung im Grundwasser sinkt. Damit die Quellen der Stickstoff- und Phosphor-Überschüsse deutlich werden, haben wir auf die Einführung der Stoffstrombilanzverordnung (=Hoftorbilanz) gedrungen und sie auf Bundesebene durchgesetzt. Langfristig müssen wir, um sinnvolle Nährstoffkreisläufe zu gewährleisten, wieder zur Bindung der Tierhaltung an die Fläche zurückkehren.
	GRÜNE	Ja	Für die gegenwärtig praktizierte Tierhaltung haben wir weder die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen noch wird es uns gelingen, die anfallenden Güllemassen so auszubringen, dass sie von Pflanzen und Boden tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen werden können. Wir wollen daher die Tierhaltung wieder an die Fläche binden, unter anderem über die Agrarförderung. Für uns gilt bei der Tierhaltung „Klasse statt Masse“. Die Düngegesetzgebung entspricht noch immer nicht den EU-Vorgaben. Es drohen Strafzahlungen und eine weitere Verschmutzung unseres Wassers. Wir setzen uns daher ein für eine Erfassung der Nährstoffströme durch eine Hoftorbilanz und klare Obergrenzen für die Ausbringung von Gülle.
	FDP	Nein	Die Novellierung des Düngerechts in Deutschland wird aufgrund eines noch immer nicht repräsentativen deutschen Nitratmessnetzes durchgeführt. Statt individuelle Maßnahmen dort umzusetzen, wo es wirklich Probleme mit einer



			steigenden Nitratkonzentration im Grundwasser gibt, wird den landwirtschaftlichen Betrieben zusätzlicher finanzieller und bürokratischer Aufwand in erheblichem Umfang aufgelastet. Wo es wirklich Probleme gibt, zum Beispiel in Regionen mit zu hohen Gülleaufkommen, besteht das vorherrschende Ziel darin, den Transport vorhandener wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen zu fördern, damit es durch die gleichzeitige Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu positiven Umwelteffekten kommt.
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	Die LINKE will die Tierbestände an die regional verfügbaren Flächen anpassen, d.h. dass Gebiete mit hoher Nitratbelastung die Tierbestände abbauen müssen. Obergrenzen für die Stickstoffdüngung müssen an den Standort und an den Nährstoffbedarf der angebauten Kulturarten angepasst werden. DIE LINKE lehnt die Entsorgung überschüssiger Gülle durch den Transport in nährstoffärmere Gebiete ab und will Nährstoffverluste bei der Düngung nur mit maximal 10 % bei der betrieblichen Stoffstrombilanz anrechnen.
7. Wiedervernetzung Die Zerschneidung unserer Landschaft durch Straßen ist eines der größten Probleme für viele Wildtiere. Gemeinsam mit WWF, Deutschem Jagdverband (DJV) und ADAC fordert der NABU, dass mehr Mittel für Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen an Straßen und Schienen ausgegeben werden.	CDU	Weiß nicht	Bei dem Bau von Straßen werden – soweit erforderlich – Grünbrücken oder andere Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen errichtet; im Bestand sollen Maßnahmen zur Wiedervernetzung im Rahmen des Bundesprogramms Wiedervernetzung realisiert werden. Über die genaue finanzielle Ausstattung des Programms kann jedoch durch die CDU Baden-Württemberg derzeit keine abschließende Antwort gegeben werden.
	SPD	Weiß nicht	Das „Bundesprogramm Wiedervernetzung“ war aus Naturschutzsicht sehr erfolgreich. Leider ist uns bei den Koalitionsverhandlungen nicht gelungen, es fortzuschreiben. Bei heutigen Neu- und Ausbaumaßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen sind Querungshilfen für Tiere zur Vernetzung von Lebensräumen bereits Teil der Planung. Wichtig ist es dabei, die Praktiker bei der
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Bundesprogramm Wiedervernetzung im BMVI			



einen eigenen Haushaltstitel mit jährlich 30 Millionen Euro erhält?			Ausgestaltung stärker einzubeziehen. Eine Neuauflegung des Programmes für Bestandsstraßen ist vorstellbar. Über die konkrete finanzielle Ausgestaltung muss mit allen Beteiligten gesprochen werden.
	GRÜNE	Ja	Entsprechende Anträge haben wir bereits mehrfach in die Haushaltsverhandlungen eingebracht. Sie wurden von Union und SPD jedoch stets abgelehnt.
	FDP	Weiß nicht	Wir halten das noch zu unserer Regierungszeit ins Leben gerufene „Bundesprogramm Wiedervernetzung“ für ein zentrales Instrument, um Wildkorridore für die Zukunft zu sichern und der problematischen Verinselung von Wildpopulationen entgegenzuwirken. Inwieweit wir Einfluss auf weitere Unterstützung in der nächsten Legislaturperiode nehmen können, bleibt abzuwarten.
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	Das Bundesprogramm Wiedervernetzung ist ein erfolgreicher Schritt zur Wiedervernetzung von Lebensräumen. Die geplanten Wildbrücken stellen eine wichtige Querungshilfe für viele Arten dar. Die Umsetzung des Programms soll zügig voranschreiten. Weiterhin ist uns wichtig, dass diesem sinnvollen Programm nicht durch die großzügige Ausweisung von Infrastruktureubauten entgegengewirkt wird.



<p>8. Stromtod Viele Vögel sterben, da sie an unzureichend gesicherten Mittelspannungsstrommasten einen tödlichen Stromschlag erleiden. All diese Todesfälle wären durch einen zeitgemäßen Schutz vermeidbar.</p> <p>Werden Sie sich für den Schutz von Vögeln vor dem Stromtod einsetzen, indem die Netzbetreiber verpflichtet werden, die Freileitungen an den Stand der Technik anzupassen?</p>	CDU	Ja	
	SPD	Ja	§ 41 des Bundesnaturschutzgesetzes fordert den Vogelschutz an allen zukünftigen Mittelspannungsleitungen. An bestehenden Masten und technischen Bauteilen von Mittelspannungsleitungen mit hoher Gefährdung von Vögeln waren bis zum 31. Dezember 2012 die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung gegen Stromschlag durchzuführen. Darüber hinaus gibt es seit August 2011 gilt die neue VDE-Anwendungsregel zum Vogelschutz an Mittelspannungsfreileitungen (VDE-AR-N 4210-11). Sie ist in das VDE-Vorschriftenwerk aufgenommen worden und damit für alle Netzbetreiber verbindlich. Sollten die Netzbetreiber ihren gesetzlichen Auflagen nicht nachgekommen sein, werden wir uns für die Einhaltung einsetzen.
	GRÜNE	Ja	Wir wollen beispielsweise erreichen, dass Freileitungen – zunächst in Naturschutzgebieten und Vogelzugkorridoren – durch Vogelschutzmarkierungen nachgerüstet werden.
	FDP	Ja	Wir setzen uns seit vielen Jahren, in ungewohnter Gemeinschaft mit den Grünen Fraktion, für die Umsetzung der Anwendungsregel „Vogelschutz an Mittelspannungsfreileitungen“ (VDE-AR-N 4210-1) im Baden-Württembergischen Landtag ein.
	DIE LINKE	Ja	
<p>9. Artenschutzgutachten Bei Infrastrukturprojekten werden aufgrund mangelhafter Gutachten die Belange des Artenschutzes oft nicht ausreichend berücksichtigt. Was wir brauchen, sind bundesweit einheitliche Methodenstandards sowie unabhängige Kontrollen z. B. durch</p>	CDU	Ja	Artenschutz ist wichtig und unverzichtbar. Der Reichtum an Arten und Lebensräumen ist Teil des natürlichen Kapitals unserer Heimat. Diesen ökologischen und kulturellen Schatz wollen wir auch für die kommenden Generationen erhalten.
	SPD	Ja	Die Verbesserung der Qualität von Artenschutzgutachten ist zwar keine bundespolitische Aufgabe und hängt auch von der Ausbildung und den Artenkenntnissen der Gutachter ab. Wir befürworten aber die Erstellung von z. B.

stichprobenartige Überprüfungen von Artenschutzgutachten.			Arten-Steckbriefen oder Handlungsempfehlungen wie das „Helgoländer Papier“. Bundeseinheitliche Standards wären wünschenswert, sind in unserem föderalen Staat aber schwierig zu erreichen.
Werden Sie sich in diesem Sinne für eine Verbesserung der Qualität von Artenschutzgutachten einsetzen?	GRÜNE	Ja	
	FDP	Weiß nicht	Auch wir sehen hier Handlungsbedarf. Die Einführung von Methodenstandards ist aber juristisch problematisch. Daher bleibt eine juristische Überprüfung der Möglichkeiten abzuwarten.
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	Wir sehen dies als wichtigen Beitrag an, um wissenschaftliche Grundlagen für den Natur- und Umweltschutz sowie die Forschung zu schaffen und werden uns dafür einsetzen.
10. Bundesprogramm Biologische Vielfalt Eines der erfolgreichsten Förderprogramme des Bundes für den Naturschutz ist das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“. Auch in Baden-Württemberg werden darüber wichtige Projekte finanziert. Werden Sie sich für die Aufstockung des Bundesprogramms Biologische Vielfalt von derzeit 18 auf 50 Millionen Euro pro Jahr einsetzen?	CDU	Weiß nicht	Hier werden zwei Fragen gestellt. Wir wollen das erfolgreiche Bundesprogramm "Biologische Vielfalt" stärken. Über die Höhe der finanziellen Förderung kann jedoch durch die CDU Baden-Württemberg derzeit keine abschließende Antwort gegeben werden.
	SPD	Weiß nicht	Maßgeblich durch Initiative der AG Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion ist es gelungen, in dieser Legislaturperiode die Mittel für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt jährlich kontinuierlich aufzustocken. Darüber hinaus haben wir Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Mio. Euro bis 2021 gesichert. Ob die Mittel für das Bundesprogramm weiterhin aufgestockt werden können, ist abhängig von der Haushaltslage. Auch bei anderen Naturschutzprojekten ist der Finanzierungsbedarf hoch.
	GRÜNE	Ja	Wir haben dies bereits in den Haushaltsberatungen im Bundestag mehrfach gefordert. Das wurde von Union und SPD stets abgelehnt.
	FDP	Weiß nicht	Wir planen, die Bundesprogramme „Biologische Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“, die in unserer Regierungszeit aufgelegt wurden, weiter



			auszubauen, um Lebensräume zu erhalten und miteinander zu verbinden. Inwieweit wir Einfluss auf weitere Unterstützung in der nächsten Legislaturperiode nehmen können, bleibt abzuwarten.
	AfD	Keine Antwort	
	DIE LINKE	Ja	DIE LINKE fordert die zügige Umsetzung der Nationalen Strategie für Biologische Vielfalt sowie die Schaffung eines länderübergreifenden und zusammenhängenden Biotopverbunds inklusive einer Aufstockung der Förderung des Bundesprogramms Biologische Vielfalt auf jährlich 50 Millionen Euro.

Kontakt:

NABU Baden-Württemberg
 Tel. 0711.966 72-0
 Fax 0711.966 72-33
 NABU@NABU-BW.de
 www.NABU-BW.de/wahl2017